

Spitalmitarbeiter verweigern Impfung

Grippesaison Im Kantonsspital Baselland folgen nur 20 Prozent der Angestellten der Impf-Empfehlung des Bundes

VON LEIF SIMONSEN

Noch herrschen spätsommerliche Temperaturen. Doch der Herbst lässt sich nicht aufhalten. Mit dem Temperatursturz gehen die ersten Erkältungen einher. Und auch die Grippe wird wieder zuschlagen. Nachdem in Australien die schlimmste Grippesaison seit Jahren zu Ende gegangen ist, warnen auch die Gesundheitsexperten in Europa vor einer Epidemie.

So weit will sich Adrian Egli zwar nicht aus dem Fenster lehnen. Der Leiter Klinische Mikrobiologie des Universitätsspitals Basel sagt, dass derlei Prognosen ähnlich unpräzise seien wie die Wettervorhersagen über mehrere Monate. Eines sei jedoch «so sicher wie das Amen in der Kirche: Die Grippewelle kommt auch in diesem Winter nach Basel.»

Kaum Erfolg - trotz Anreize

Die Grippe ist nicht zu unterschätzen. Jährlich sterben daran in der Schweiz mehrere hundert Menschen. Das Bundesamt für Gesundheit empfiehlt deshalb allen Medizin- und Pflegefachpersonen, sich impfen zu lassen. Die Mühe ist grösstenteils vergeblich, wie eine Umfrage bei den hiesigen Spitälern zeigt. Im Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) liegt die Grippe-Impfrate beim Pflegepersonal «deutlich unter 50 Prozent», wie Ulrich Heiningen einräumt. Der Leiter der Abteilung Infektionskrankheiten kann im Gegensatz zu anderen Spitälern immerhin auf einen hohen Prozentsatz bei den Ärzten verweisen. Hier erreicht das UKBB rund 70 Prozent.

Bedeutend schlechter steht es um die Quote im Unispital Basel (USB) und im Kantonsspital Baselland (KSBL). Im USB lassen sich lediglich 26 Prozent des gesamten Personals sowie 31 Prozent der Pflegenden impfen. Im KSBL sind es sogar nur 20 Prozent. 13 Prozent der Pflegenden und 44 Prozent der Ärzte sind hier grippegeimpft. KSBL-Sprecherin Anita Kuoni betont zwar, dass sich das Hygiene-Team dafür einsetze, die Mitarbeitenden für die Grippeimpfung zu motivieren. «Doch wird die Impfung von vielen abgelehnt.» Eine Erklärung dafür, warum sich ausgerechnet das Spitalpersonal nicht vor der Grippe schützt, haben



Bisher wurden erste einzelne Grippefälle registriert. Doch die Grippewelle wird auch dieses Jahr über die Region fe-gen. KEYSTONE

selbst die Experten nicht zur Hand. Ulrich Heiningen gibt zu, dass ihn die Frage ratlos mache. «Wir zerbrechen uns seit Jahren den Kopf. Leider ohne Erfolg.»

Mangelnde Motivation

Man habe alles versucht, um das Personal für die Grippeimpfung zu motivieren. So habe man beispielsweise den Impfwilligen Essensgutscheine verteilt und Aufklärungskampagnen durchgeführt. Auch das Unispital setzt auf niederschwellige Angebote für alle Mitarbeitenden.

Von Ende Oktober bis Januar wird vor der Mensa eine sogenannte «Impfbar» aufgestellt, bei der sich die Mitarbeiter impfen lassen können. Warum solche Massnahmen kaum Wirkung zeigen, darüber kann auch Ulrich Heiningen nur spekulieren. «Vielleicht liegt es daran, dass die Grippe nicht ein Gesicht hat und die meisten nicht schwer krank werden.»

Ungeimpfte mit Masken

Das ist für Rahel Bänziger keine Entschuldigung. Die Baselbieter Grünen-Landrätin und Präsidentin der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission ist der Meinung, dass das Pflegepersonal auch «in sozialer Hinsicht» in der Pflicht stehe. «Wenn ich eine Grippe selber gut wegstecken kann, dann ist es das Eine. Aber bei einer Impfung geht es auch darum, dass man die anderen nicht ansteckt. Und das sind im Spital ja meist geschwächte Menschen.»

Das USB hat eine eigene Lösung. Es kennt die Maskenpflicht für die nichtgeimpften Mitarbeitenden in Ausnahmesituationen. «Sie wird angeordnet, sobald zehn Grippepatienten hospitalisiert sind und entsprechend eine Influenza-Kohortenstation eröffnet wird», sagt Mediensprecher Martin Jordan. Davon sieht das KSBL bisher ab. Kuoni sagt: «Wir wollen in der emotionalen Diskussion keine Mitarbeitenden an den Pranger stellen. Wir respektieren, dass der Impfscheid gemäss der geltenden Gesetzeslage ein privater Entscheid ist.» Anders sieht dies Bänziger. Sie wünscht auch für das KSBL: «In der Grippesaison sollen alle Mitarbeitenden eine Maske tragen, die nicht geimpft sind.»

Hauseigentümer setzen Regierung unter Druck

Wohnkosten-Initiative Gut 21 000 Unterschriften hat ein überparteiliches Komitee eingereicht. Dieses fordert günstigeres Wohnen für Baselbieterinnen und Baselbieter.

Ein breit abgestütztes bürgerliches Initiativkomitee hat die formulierte Gesetzesinitiative «für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten» lanciert und gestern bei der Landeskantonalen mit exakt 21 015 beglaubigten Unterschriften deponiert. Diese stammen von Stimmbürgerinnen und -bürgern aus sämtlichen 86 Baselbieter Gemeinden.

«Eine derart hohe Zahl an Unterschriften ist ein klarer Auftrag und mehr als nur ein Wink mit den Zaunpfahl an die Regierung, nun rasch zu handeln», erklärte Komiteepäsident und FDP-Landrat Christoph Buser. Die letzten Januar von der Steuerverwaltung - rückwirkend aufs Steuerjahr 2016 - vorgenommenen Eigenmietwert-Erhöhungen führen laut Komitee für alle Baselbieter Wohneigentümerin-



Das Initiativkomitee übergibt die Unterschriften an Landschreiber Peter Vetter (Vierter von rechts).

SIMON TSCHOPP

nen und -eigentümer zu einer jährlichen Steuererhöhung von je rund 400 Franken. Dies soll verhindert werden.

Das Bundesrecht gibt vor, dass Eigenmietwerte mit den kantonalen Steuerregelungen generell nicht unter 60 Prozent der jeweiligen Marktmiete liegen dürfen, was im Baselbiet zu oft vorgekommen ist. Auf ein Urteil des Bundesgerichts, das die Berechnung des Eigenmietwerts im Kanton als verfassungswidrig taxiert hatte, schlug die Regierung Massnahmen vor,

die nach Angaben des Komitees für selbstnutzende Wohneigentümer eine «massive» Steuererhöhung zur Folge hätten. Die Initianten fordern von der Regierung, ihre Wohnkosten-Initiative auf dem «schnellsten Weg und verzögerungsfrei» zu behandeln.

Der Mieterinnen- und Mieterverband Baselland und Dorneck-Thierstein bezeichnet das Volksbegehren als «rechtsstaatlich und politisch höchst bedenkliche Zwängerei». (STZ)

Bund will vom Kanton 300 000 Franken

Schwarzarbeitskontrolle Baselbieter Regierung streitet mit dem Bund über zu viel erhaltene Subventionsbeihilfen

Die Zentrale Arbeitsmarkt-Kontrolle (ZAK) hat 2014 weit weniger Schwarzarbeitskontrollen durchgeführt als verlangt. Dadurch hat der von Wirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund getragene Verein vom Kanton zu hohe Subventionen garniert. Mehr noch: Da der Kanton die Hälfte der Subvention dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Rechnung stellen konnte, ist auch zuviel Geld nach Liestal überwiesen worden. Dieses will der Bund zurück.

In einer Antwort der Regierung auf eine Interpellation von Landrätin Kathrin Schweizer (SP) erhält die Forderung erstmals ein Preisschild: «Das Seco fordert eine Rückerstattung in Höhe von 302 558 Franken.» Im Juli habe das Seco mitgeteilt, es werde dem Kanton eine Rückforderungsverfügung zukommen lassen. Was bisher nicht geschah.

Das Seco präzisiert auf Anfrage die Darstellung der Baselbieter Regierung: «Über die genaue Höhe des zu viel in Rechnung gestellten Beitrags besteht noch keine Einigung.» Eine Verfügung

werde erlassen, falls keine Einigung erzielt werde. Schon jetzt behält sich die Baselbieter Regierung allerdings vor, allfällige Rechtsmittel gegen eine solche Verfügung zu ergreifen.

Der Widerstand gegen die Bundesforderung macht Sinn: Wenn das Seco rund 300 000 Franken einfordert, müsste der Kanton der ZAK eigentlich den doppelten Betrag, also 600 000 Franken, in Rechnung stellen. Stattdessen will die Regierung von der ZAK lediglich 380 000 Franken zurück. Was heisst: Entweder ist die Bundesforderung an den Kanton zu hoch oder die Kantonsforderung an die ZAK zu tief.

Was die ZAK dem Kanton zu zahlen hat, soll demnächst in einer Schlichtungsverhandlung vom Kantonsgericht entschieden werden. Da die ZAK faktisch mittellos ist, werden die Gewerkschaften und die Wirtschaftskammer in die Tasche greifen müssen. Mittels Vereinbarung mit den Sozialpartnern hat sich die Regierung immerhin dafür abgesichert. (CM)